

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

12. November 2018

Afghanistan

UNAMA-Bericht zu Übergriffen während der Wahlen

Die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) veröffentlichte am 06.11.18 einen Sonderbericht über zivile Opfer aufgrund von Gewalttaten während der Unterhauswahlen im Oktober 2018. Hiernach seien innerhalb der drei Wahltage (20., 21. und 27.10.18) 435 Zivilisten getötet oder verletzt worden (56 Tote und 379 Verletzte bei 108 Vorfällen). Dies sei die höchste Anzahl ziviler Opfer, die jemals bei Wahlen registriert wurde. Darüber hinaus habe es seit Beginn der Wählerregistrierung am 14.04.18 bis zwei Tage vor der Wahl am 19.10.18 bei 192 Vorfällen 496 zivile Opfer gegeben.

Außerdem sei es zu zahlreichen Bedrohungen, Einschüchterungen und Entführungen gekommen. Drohungen habe es u.a. in Form von Drohbriefen (sog. night letters) oder Lautsprecherdurchsagen gegeben. In einigen Fällen seien Wähler angehalten und ihnen ihre Tazkiras (Identitätskarten) abgenommen worden. In sechs Fällen wurden Gruppen von Personen (z.B. Wahlhelfer und -beobachter, aber auch Stammesälteste) entführt und mehrere Tage festgehalten.

UNHCR setzt Rückkehrhilfe aus Pakistan über Winter aus

Nach Angaben des UNHCR wird die Unterstützung freiwilliger Rückkehrer aus Pakistan wegen des kalten Wetters vom 01.12.18 bis 28.02.19 unterbrochen.

Im Jahr 2018 kehrten nach UN-Angaben 15.095 afghanische Flüchtlinge mit UN-Unterstützung in ihr Heimatland zurück: 13.179 aus Pakistan, 1.774 aus Iran und 142 aus anderen Ländern (Stand 10.11.18). Dies waren 73 % weniger als im selben Zeitraum des Jahres 2017, als 56.766 Afghanen zurückkehrten.

Aufstand gegen den IS in Nangarhar

Im Distrikt Nazian in der östlichen Provinz Nangarhar soll sich eine 500 Mann starke Truppe aus Einwohnern gebildet haben (sog. armed uprising group), um gegen den IS in der Provinz zu kämpfen. In Nangarhar ist der IS seit längerem relativ stark.

China

Xinjiang: Anhaltspunkte für die Existenz von Umerziehungslagern

Eine von der Jamestown Foundation am 05.11.18 veröffentlichte Analyse offizieller Zahlen zum Haushalt der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang widerspricht offiziellen chinesischen Darstellungen (zuletzt vor dem UN-Menschenrechtsrat am 06.11.18), die in der Region eingerichteten und international kritisierten Lager dienten lediglich der beruflichen Bildung und sprachlichen Förderung. Die Zahlen stützten die Deutung, dass es sich um Umerziehungslager handelt. So hätten sich die Ausgaben der Region für bauliche Maßnahmen im Sicherheitsbereich für 2017 (wohl das Jahr, in dem der Bau und Ausbau der Lager massiv begann) gegenüber dem Vorjahr verdreifacht. Die Kosten für Berufsausbildung seien hingegen gesunken. Ferner hätten sich die Ausgaben für Gefängnisse verdoppelt, während der Haushalt keine Hinweise auf eine Zunahme von Strafverfahren gebe.

Selbstverbrennung

Am 04.11.18 verbrannte sich in Ngaba (chin.: Aba, Provinz Sichuan) ein Tibeter aus Protest gegen die chinesische Vorherrschaft. Diese zweite im Jahr 2018 bekannt gewordene Selbstverbrennung ist die 154. in China seit 2009.

DR Kongo

Gemeinsamer Präsidentschaftskandidat der Opposition

Auf einem Treffen am 11.11.18 in Genf einigten sich sieben führende Oppositionspolitiker, darunter die politischen Schwergewichte Felix Tshisekedi, Jean-Pierre Bemba, Moise Katumbi und Vital Kamerhe, auf Martin Fayulu als gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl am 23.12.18. Fayulu ist ein früherer Parlamentsabgeordneter und Vorsitzender der kleineren Oppositionspartei Engagement for Citizenship and Development. Mit der Präsentation eines gemeinsamen Kandidaten erhöhen sich die Wahlchancen der Opposition erheblich, da im Kongo seit 2011 nur ein Wahlgang bei der Präsidentschaftswahl stattfindet, d.h. gewählt ist, wer bei der Wahl die einfache Stimmenmehrheit erhält. Als Präsidentschaftskandidat der Regierungskoalition tritt der frühere Innenminister Emmanuel Ramazani Shadary an. Staatspräsident Joseph Kabila, seit 18 Jahren im Amt, darf laut Verfassung nicht erneut kandidieren.

Über 200 Ebola-Tote

Am 10.11.18 teilte das Gesundheitsministerium mit, dass es sich bei dem zehnten Ebola-Ausbruch (seit Anfang August 2018) im Kongo seit 1976 um den bisher schwersten handelt. Mit Stand vom 10.11.18 sind in den ostkongolesischen Provinzen Nord-Kivu und Ituri insgesamt 329 Menschen erkrankt (davon 294 bestätigte und 35 Verdachtsfälle). An Ebola gestorben sind 205 Personen (davon 170 bestätigte und 35 Verdachtsfälle). Besonders betroffen sind die Stadt Beni (rd. 800.000 Einwohner, Provinz Nord-Kivu) und deren Umgebung. Durch Aktivitäten der dortigen Milizen und Rebellengruppen wird die Bekämpfung der hochansteckenden Viruskrankheit beeinträchtigt.

Iran

Haftstrafen für Demonstranten

Laut Human Rights Watch (HRW) wurden gegen 24 Personen, die bei den landesweiten Protesten gegen die Wirtschaftsmisere im August 2018 verhaftet worden waren, Haftstrafen von sechs Monaten bis zu sechs Jahren wegen „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ verhängt. Den Inhaftierten sei der Zugang zu Anwälten verwehrt worden. Sie sollen unter massivem Druck gezwungen worden sein, Geständnisse abzulegen. Außerdem kritisierte HRW, dass der Todesfall eines 26-jährigen Protestteilnehmers vom 04.08.18 in Karaj bis heute unaufgeklärt ist.

Verdacht auf Massenhinrichtungen

Bis zu 22 Personen, denen Terrorismusunterstützung vorgeworfen wurde, sollen am 08.11.18 nach Berichten in sozialen Netzwerken von Menschenrechtsaktivisten im Gefängnis von Ahwaz (Provinz Khuzestan) hingerichtet worden sein. Am 22.09.18 waren bei einer Attacke auf eine Pasdaran-Militärparade in Ahwaz 25 Menschen ums Leben gekommen. Mindestens 70 wurden verletzt. Zum Anschlag bekannte sich der IS. Alle fünf Attentäter kamen bei der Tat ums Leben. Mehrere hundert Personen wurden im Zusammenhang mit dem Terroranschlag verhaftet, darunter die angeblich Hingerichteten. In Khuzestan kommt es immer wieder zu Protesten der sunnitischen Minderheit im mehrheitlich schiitisch geprägten Iran.

Armenische Gedenkveranstaltung in Teheran

Die armenische Gemeinde in Teheran hat erneut des Genozids an Armeniern vor 102 Jahren in der Türkei gedacht. Die Zeremonie fand mit Kranzniederlegung, Vorträgen und Gebeten in der Teheraner Sankt-Sarkis-Kathedrale statt. Insgesamt leben im Land etwa 300.000 Christen, davon 240.000 Armenier und Assyrer. Daneben gibt es etwa 66.700 Protestanten. In Iran stehen die christlichen Gemeinden seit der islamischen Revolution vor 37 Jahren unter staatlicher Kontrolle. So ist es verboten, die Bibel auf Persisch zu

veröffentlichen oder persischsprachige Gottesdienste abzuhalten. Missionieren oder die Konversion zum Christentum werden grundsätzlich streng sanktioniert.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

Gaza: Zwischenfall bei Geheimdienstoperation/Erleichterungen gefährdet

Am Abend des 11.11.18 kam es zu einem seltenen Bodengefecht zwischen israelischen Soldaten und Palästinensern in der Nähe von Khan Younis im Gaza-Streifen, bei dem ein Israeli und sieben Palästinenser ums Leben kamen, darunter ein ranghoher Hamas-Kommandant. Alles deutet auf eine misslungene Geheimdienstoperation hin. Die Akteure trugen Zivil. Nach ihrer Entdeckung forderten sie Luftunterstützung an. Daraufhin wurden aus Gaza Raketen auf Südisrael abgefeuert.

Hintergrund

Vor dem Zwischenfall hatte Israel neben der Einfuhr von Treibstoff nach Gaza während der letzten Wochen auch den Transfer von 15 Mio. USD Bargeld aus Katar erlaubt, um die Gehälter von mehreren tausenden Angestellten zu zahlen. Die Deeskalationspolitik der Konfliktparteien zeigte sich auch in Bemühungen der Hamas, die seit etwa einem halben Jahr andauernden Freitagsproteste an der Grenze zu Israel einzudämmen. Der Erfolg ist anscheinend begrenzt. An der Demonstration am 09.11.18 nahmen noch etwa 10.000 Personen teil. Drei Palästinenser wurden verhaftet, als sie den Grenzzaun zu überwinden suchten, einer starb durch israelischen Beschuss.

Jemen

Verhaftungen von AQAP-Mitgliedern

Berichten zufolge verhaftete die jemenitische Armee am 05.11. und 06.11.18 mehrere AQAP-Mitglieder in den Gouvernements Shabwa und Hadramawt.

US-Angriffe auf AQAP

Die Vereinigten Staaten gaben bekannt, dass sie in 2018 bisher 36 Luftangriffe gegen AQAP geflogen haben.

Lage in Hodeida

Die Kämpfe in der Hafenstadt Hodeida verschärfen sich weiter. Die jemenitische Armee, die Unterstützung von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten bekommt, versucht, die Kontrolle über die Stadt von den Houthi-Rebellen zurückzuerlangen. Die Rebellen kontrollieren die Stadt seit Herbst 2014. Am 08.11.18 warf Amnesty International den Houthi-Rebellen vor, humanitäres Völkerrecht zu verletzen, weil sie ein Krankenhaus durch Scharfschützen auf dem Dach bewusst militarisieren.

Friedensgespräche verschoben

Die für Ende November 2018 angekündigten Friedensgespräche (vgl. BN v. 05.11.18) werden verschoben. Der UN-Sondergesandte im Jemen, Martin Griffiths, sagte am 08.11.18, er werde versuchen, die Parteien bis Ende des Jahres zusammenzubringen.

Kamerun

Entführte Schulkinder frei

Am 05.11.18 stürmten Bewaffnete vor dem Morgengrauen die Presbyterian Secondary School in Nkwen bei Bamenda (Hauptstadt der anglophonen Region Nordwest). Sie entführten 78 Schulkinder im Alter von 11 bis 17 Jahren sowie den Schulleiter, einen Lehrer und einen Fahrer. Laut Angaben des Vorsitzenden der presbyterianischen Kirche Kameruns, Samuel Fonki Forba, der mit den Entführern verhandelte, forderten diese kein Lösegeld, sondern verlangten die Schließung der Schule. Am 07.11.18 wurden alle Kinder sowie der Fahrer in der Stadt Bafut (etwa 18 km von Bamenda) freigelassen. Unklar ist, ob es sich bei den Entführern um militante Separatisten handelt, die einen unabhängigen Staat Ambazonia fordern. So

beschuldigten Vertreter der Unabhängigkeitsbewegung Ambazonia International Policy Commission das Militär, hinter der Entführung zu stehen, um damit die Separatisten zu diskreditieren. Auch habe der Sprecher der Entführer in einem Videoclip das in den anglophonen Regionen weit verbreitete Pidgin English nur schlecht gesprochen und ein weiterer Entführer sei zu hören gewesen, als er französisch geredet habe. Am 05.11.18 berichtete Fonki, dass dieselbe bewaffnete Gruppe bereits am 31.10.18 elf Schüler aus der Schule entführt und gegen Zahlung von rund 4.400 USD wieder freigelassen habe.

Marokko

Journalist verurteilt

Am 09.11.18 wurde der bekannte Journalist und Verleger Taoufik Bouachrine wegen sexueller Übergriffe zu 12 Jahren Haft verurteilt. Er selbst sprach von einer Verurteilung aus politischen Gründen. Dem Gericht sollen belastende Zeugenaussagen und 50 Videos vorgelegt haben.

Proteste gegen Gewalt gegen Frau

Am 10.11.18 sollen ca. 20.000 Menschen, vor allem Frauen, in mehreren Städten mit Trillerpfeifen gegen sexuelle Gewalt gegen Frauen auf den Straßen demonstriert haben. Dazu aufgerufen hatte die marokkanische Frauenbewegung „Masaktach“, die sich dafür einsetzt, dass Gerichte nach dem neuen Schutzgesetz nicht nur symbolische Strafen verhängen. Die 12 Mitglieder der Bewegung Masaktach setzen sich ein für die Schaffung von Einrichtungen, die von Gewalt betroffene Frauen aufnimmt sowie für Hilfe durch Telefonhotlines.

Pakistan

Christin aus Haft entlassen

Am 07.11.18 wurde die Christin Asia Bibi, deren Todesurteil aus dem Jahr 2010 am 31.10.18 durch den Obersten Gerichtshof aufgehoben worden war (vgl. BN v. 02.11.18), aus der Haftanstalt in Multan entlassen. Sie wurde unter strengen Sicherheitsvorkehrungen an einen unbekanntes Ort in Pakistan gebracht. Ihr Rechtsanwalt Saif-ul-Mulook ist in die Niederlande geflohen. Ihr Ehemann Ashiq Masih hat für seine Familie um Hilfe in Frankreich, Spanien und Italien nachgesucht, nachdem er sich über internationale Medien wegen der lebensbedrohlichen Situation in Pakistan an die Regierungen der USA, Kanadas und Großbritanniens gewandt hatte. Laut ihrem Anwalt möchte Asia Bibi nach Deutschland ausreisen.

Russische Föderation

Ultralinke Aktivistin verurteilt

Am 09.11.18 wurde Olga Shalina, Aktivistin einer ultralinken, nichtregistrierten politischen Gruppierung, zu fünf Tagen Gefängnis wegen geringfügigen Rowdytums verurteilt. In einer Protestaktion auf der Messe für staatliche Sicherheitsausrüstung in Moskau am 25.10.18 hatte sich die Aktivistin am linken Arm verletzt, um gegen die Haftbedingungen in den Gefängnissen zu demonstrieren und Kritik an der Polizei zu äußern.

Somalia

Anschläge

Bei der Explosion einer Sprengfalle an der Straße zwischen Afgooye und Mogadischu kam am 03.11.18 ein Zivilist ums Leben.

Bei der Explosion von zwei Sprengfallen, die auf Konvois der AMISOM zielten, wurde im Stadtteil Heliwa von Mogadischu am 06.11.18 ein Fahrer verletzt; die zweite Explosion blieb ohne Opfer. Einwohner von Mogadischu beschuldigten AMISOM-Soldaten, sie hätten nach der Explosion in Heliwa auf Zivilisten geschossen und vier Menschen getötet. Mehr als 100 Demonstranten forderten von der Regierung eine Untersuchung des Vorfalles. AMISOM kündigte eine Untersuchung an.

Bei einem Anschlag auf ein Hotel nahe der Kreuzung K 4 (Kilometer-vier-Kreuzung; belebte Kreuzung an der Straße zwischen Hafen und Flughafen) zündeten Selbstmordattentäter der al-Shabaab am 09.11.18 Autobomben. Anschließend versuchten Kämpfer, in das Hotel einzudringen. Mindestens 13 Zivilisten und sechs Extremisten kamen ums Leben; 13 Zivilisten wurden verletzt.

Kampfhandlungen

Vier al-Shabaab-Kämpfer starben am 03.11.18 durch einen Luftschlag des United States Africa Command (AFRICOM) nahe Arare (Region Lower Juba).

Äthiopische Truppen wurden am 07.11.18 nach Dhumei und Qansaxdheere (Region Sool, Somaliland) verlegt, um in die dort Ende Oktober ausgebrochenen Clankämpfe einzugreifen. Bisher sollen etwa 40 Menschen ums Leben gekommen sein.

Streitigkeiten zwischen Bundesstaaten und Bundesregierung

Die Regierungschefs der Bundesstaaten Puntland, Jubbaland, South West State und Galmudug trafen sich am 07.11.18 in Kismayo (Region Lower Juba) zu einer ersten Sitzung des „Zwischenstaatlichen Sicherheitsrates“ im Rahmen des „Rates für zwischenstaatliche Zusammenarbeit“ (Council of Inter-State Cooperation, CIC). Jubbalands Präsident Ahmed Madobe leitete das Treffen. Die vier Bundesstaaten hatten die Bildung des Zwischenstaatlichen Sicherheitsrates zur Schaffung einer von der somalischen Bundesregierung (SFG) getrennten Armee sowie eines Nachrichtendienstes am 21.10.18 angekündigt. Nach Angaben der Bundesstaaten sei eine eigene Armee erforderlich, da die Bundesregierung keinen ausreichenden Schutz biete (vgl. BN v. 17.09. und 01.10.18).

Flüchtlinge in Lower Shabelle

Nach UNHCR-Angaben flohen seit August 2018 mehr als 34.000 Menschen aus der Region Lower Shabelle wegen der unsicheren Situation besonders in den Dörfern entlang dem Korridor zwischen Afgooye und Qoryoley.

Sri Lanka

Anfechtung der Parlamentsauflösung

Mangala Samaraweera, ehemaliger Finanzminister, erklärte am 10.11.18, die vorzeitige Auflösung des Parlaments durch Präsident Maithripala Sirisena und seinen Aufruf zu einer Neuwahl am 12.11.18 gerichtlich anfechten zu wollen. Die United National Party (UNP), geleitet vom ehemaligen Premierminister Ranil Wickremesighe, fordert die umgehende Wiedereinsetzung des Parlaments. Es war am 09.11.18 aufgelöst worden und eine Neuwahl ist für den 05.01.19 festgesetzt worden.

Syrien

Tote bei Angriffen von Regierung und Anti-IS-Koalition

Nach Angaben der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte seien am 09.11.18 bei einem Angriff syrischer Regierungstruppen in der Nähe der Provinz Idlib 22 Rebellen getötet worden.

Bei Angriffen durch die Luftwaffe der US-geführten Anti-IS-Koalition sollen in der Stadt Hadschin nahe der Grenze zum Irak 26 Zivilisten ums Leben gekommen sein, darunter 14 Kinder und neun Frauen. Bei ihnen solle es sich um Angehörige von IS-Kämpfern handeln.

Geiseln befreit

Drei Monate nach ihrer Verschleppung durch den IS im Süden hat die syrische Armee nach Medienberichten 19 Drusen befreien können. Die Geiseln waren Ende Juli 2018 nach einer Serie von Anschlägen in der südlichen Provinz Suweida vom IS in die Wüste verschleppt worden.

Tadschikistan

Tote und Verletzte nach Gefängnisaufstand

Bei einem Gefängnisauflauf in der Stadt Khujand sind in der Nacht vom 07. auf den 08.11.18 Medienberichten zufolge zwischen 22 und 25 Insassen sowie zwei Sicherheitsbeamte getötet und mehrere Personen verletzt worden. Nähere offizielle Angaben liegen nicht vor. Der IS bekannte sich auf seiner Nachrichtenseite dazu. Ein IS-angehöriger Insasse soll einen Wachmann attackiert haben. Das Gefängnis wurde nach Stunden mit Hilfe von Verstärkung wieder unter staatliche Kontrolle gebracht. Das Gefängnis in Khujand ist ein Hochsicherheitsgefängnis vor allem für Personen, die wegen Terrorismus- oder Extremismusvorwürfen verurteilt worden sind.

Proteste in Gorno-Badakhshan

Am 06.11.18 kam es Medienberichten zufolge in der Provinzhauptstadt Khorugh (autonome Region Gorno-Badakhshan) zu Protesten von mindestens 100 Personen. Die Demonstranten forderten strafrechtliche Ermittlungen, nachdem ein Polizist drei Zivilisten durch Schüsse verwundet haben soll. Die Sicherheitsbehörden dementierten den Vorwurf. Der Gouverneur der Region versprach den Demonstranten eine schnelle Aufklärung.

Hintergrund

Mitte September 2018 machte der tadschikische Präsident, Emomali Rahmon, während eines Besuchs in Khorugh die leitenden Sicherheitsbeamten für die hohe Kriminalität in der Region verantwortlich. Im Anschluss an seinen Besuch wurden die Sicherheitsmaßnahmen dort verstärkt, etwa zahlreiche Checkpoints eingerichtet.

Tansania

Homosexuelle auf Sansibar festgenommen

Auf der teilautonomen Insel Sansibar soll es nach Angaben von Amnesty International am 11.11.18 zur Inhaftierung von zehn schwulen Männern gekommen sein, weil sie an einer gleichgeschlechtlichen Hochzeit teilgenommen hätten. Amnesty fordert die Freilassung der Männer und verweist auf Zusicherungen der Regierung, dass niemand wegen seiner sexuellen Orientierung verfolgt werde.

Hintergrund

Ende Oktober hatte der Gouverneur der Metropole Daressalam (Festland) die Gründung einer Spezialeinheit zur Verfolgung von Homosexuellen angekündigt und die Bevölkerung aufgefordert, Homosexuelle zu melden. Nach internationaler Kritik distanzierte sich die Zentralregierung davon (vgl. BN v. 05.11.18).

Türkei/Syrien

Pläne für neue türkische Offensive

Die türkische Regierung soll nach Medienberichten eine neue Offensive gegen die Kurden im Nordosten Syriens vorbereiten. Staatspräsident Erdogan hat den Ton gegen die kurdische YPG und deren politischen Arm PYD massiv verschärft. Seit vergangener Woche beschießt das türkische Militär kurdische Stellungen an der gemeinsamen Grenze und hat mindestens zehn Menschen getötet.

Türkei

Registrierungsverfahren für die Flüchtlinge umgestellt

Vergangene Woche hat der UNHCR die Verwaltung der Registrierungsverfahren für Flüchtlinge in der Türkei an die türkische Migrationsbehörde übergeben. Die Generaldirektion für Migrationsmanagement (Einwanderungsamt) wird nun die Registrierung von Flüchtlingen überwachen und deren Status bestimmen. Die Behörde ist dem Innenministerium unterstellt. Jeder Ausländer, der internationalen Schutz in der Türkei sucht, muss sich jetzt bei den örtlichen Büros der Migrationsbehörde melden.

Der Schritt erfolgte, nachdem die Generaldirektion in den vier Jahren nach ihrer Gründung ihre Kapazitäten aufgestockt hatte, da die Zahl der Flüchtlinge aus Syrien angestiegen war. Der UNHCR wird weiterhin beratend mit der Türkei zusammenarbeiten.

Tunesien

Ausnahmezustand erneut verlängert

Der seit November 2015 verhängte Ausnahmezustand wurde erneut von der tunesischen Regierung wegen anhaltender Terrorgefahr um einen Monat, bis zum 06.12.18, verlängert. Er gibt den Sicherheitskräften weitreichende Befugnisse bei sicherheits- und terrorismusbezogenen Verdachtsfällen, Streiks können verboten und Medien kontrolliert werden.

Ukraine

Ostukraine: Wahlen in den Rebellengebieten

Am vergangenen Wochenende fanden in den Rebellengebieten der Ostukraine unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. In den selbsternannten prorussischen Volksrepubliken Luhansk und Donezk nahmen etwa 80 % der Wahlberechtigten teil. Wie erwartet zeichnen sich Siege der amtierenden Präsidenten ab. Nach Angaben der Wahlkommission entfielen nach Auszählung von 31 % der Stimmen in der Region Luhansk 70 % der Stimmen auf Leonid Paseschnik. In der Region Donezk kam Denis Puschilin nach Auszählung von 27 % der Stimmen auf 57 %.

Die prorussischen Rebellen haben trotz internationaler Kritik die Wahlen abgehalten. Bereits im Vorfeld hatten die EU und die USA erklärt, die Ergebnisse nicht anzuerkennen. Die Abstimmungen seien illegal und unrechtmäßig, weil sie gegen die Vereinbarung von Minsk verstießen. Russland dagegen spricht von legalen Wahlen. Der ukrainische Präsident Poroschenko hatte die Bewohner der überwiegend russischsprachigen Ostukraine aufgefordert, nicht an den „gefälschten“ Wahlen teilzunehmen.

Weißrussland

Verurteilungen wegen Tod eines Rekruten

Im Fall des verstorbenen Wehrdienstleistenden, Alyaksandr Korzhych, verurteilte das Minsker Bezirksgericht am 05.11.18 drei Unteroffiziere der Armee wegen Bestechung und Machtmissbrauchs zu Haftstrafen zwischen sechs und neun Jahren. Zwei ehemalige Kommandanten von Korzhych wurden in einem separaten Verfahren im Oktober 2018 wegen des Machtmissbrauchs zu vier bzw. sechs Jahren Haft verurteilt. Am 03.10.17 war der 21-jährige Wehrpflichtige tot im Keller seiner Militärunterkunft in Borisov (nordöstlich von Minsk) aufgefunden worden. Der zuerst als Selbstmord eingestufte Vorfall wurde nach Protesten seiner Familie und Menschenrechtsaktivisten erneut untersucht. Den Angaben seiner Familie zufolge soll Korzhych von seinen Vorgesetzten erpresst und ermordet worden sein.

Hintergrund

Die Schikanierung neuer Rekruten durch Offiziere oder ältere Rekruten stellt ein Problem in den Armeen der ehemaligen Sowjetrepubliken dar. Dem weißrussischen Verteidigungsministerium zufolge kam es zwischen 2008 und 2017 in der Armee zu 37 Fällen von Suizid.

Medienvertreterinnen wegen Informationsbeschaffung angeklagt

Die Chefredakteurin der privaten Nachrichtenagentur BelaPAN und die Redakteurin des unabhängigen Onlinenachrichtenportals Tut.by wurden am 08.11.2018 angeklagt. Sie hätten von der staatlichen Nachrichtenagentur BelTA rechtswidrig Informationen via Internet erlangt. Die Ermittler durchsuchten die Lokalredaktionen der beiden Nachrichtenagenturen. Menschenrechtsorganisationen erheben den Vorwurf, die Regierung versuche unabhängige Medien, die Präsident Lukaschenko kritisierten, mundtot zu machen. Bei einer Verurteilung drohen hohe Bußgelder oder bis zu zweijährige Haftstrafen.

Zentralafrikanische Republik

Tausende fliehen vor Gewalt

Bewaffnete Gruppen setzten am 31.10. und 01.11.18 das Lager für Binnenflüchtlinge der Stadt Batangafo (etwa 400 km nördlich der Hauptstadt Bangui) in Brand. Etwa 10.000 Menschen flohen auf das Gelände eines Krankenhauses. Etwa die Hälfte von ihnen fand laut einem Vertreter der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen Schutz in Dörfern oder floh in den Busch.

Wie das World Food Program WFP am 06.11.18 verlautete, sind 1,9 Millionen Menschen im Land (42 % der Bevölkerung) auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing-Notes
informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de